

Mohssen Massarrat

Der Verfasser ist Professor für Politik und Wirtschaft am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück. Seine Lehr- und Forschungsschwerpunkte sind: Politische Ökonomie, Politische Ökologie, Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Friedens- und Konfliktforschung sowie Mittlerer und Naher Osten.

15. März 2003

Die UN-Sanktionen gegen den Irak: ein weiterer Beleg für die zivilgesellschaftliche Lücke im UN-System

Ich beziehe mich dabei auf die authentischen Ausführungen des UN-Beauftragten für das Programm "Öl für Nahrungsmittel", Hans von Sponeck.¹ Hans von Sponeck, der ab 1988 das Programm "Öl für Nahrungsmittel" im Irak leitete und im Februar 2000 aus Protest von seinem Amt zurückgetreten ist, erzählt darin im Gespräch mit Andreas Zumach die wahre Geschichte der UN-Sanktionen gegen den Irak und beschreibt detailliert, wie und mit welchen Methoden USA und England die Vereinten Nationen missbrauchten, um 12 Jahre lang die Weltöffentlichkeit zu manipulieren. Seine detaillierten Ausführungen sind m. E. ein klassischer Beleg für die Demokratielücke im UN-System und die Dringlichkeit für deren Reform, z. B. durch die Einrichtung eines regierungsunabhängigen UN-Friedensrates. Von Sponeck stellt dar, auf welche Weise die USA und England die Sanktionen gegen den Irak in ihrem Sinne lenkten und dabei die humanitäre Katastrophe (1 1/2 Millionen Tote, darunter über eine halbe Million Kinder) bewußt in Kauf nahmen.

Im 1996 beschlossenen UN-Programm "Öl für Nahrungsmittel" sollten unter direkter Kontrolle der UN (mit 800 UN-Beamten vor Ort im Irak) 59 % der irakischen Öleinahmen für humanitäre Zwecke, insbesondere für Medikamente, Wasserversorgung, medizinische Geräte und dringend benötigte Nahrungsmittel und Güter für den Bildungsbereich verwendet werden (die restlichen 41 % waren für andere Zwecke u. a. für die Kosten der UN-Verwaltung und Waffeninspektionen im Irak reserviert). Durch strenge Kontrollen der UN und die Kooperationsbereitschaft der irakischen Behörden war eine Zweckentfremdung der bestellten Güter weitestgehend ausgeschlossen. Wenn aber dennoch das Programm scheiterte, so lag es ausschließlich am Veto von USA und England im UN-Sanktionsausschuss in New York. Bleistifte durften z. B. nicht in den Irak geliefert werden, weil Graphit auch militärische Verwendung haben könnte, Schulbücher konnten nicht gedruckt werden, da die Lieferung von Ersatzteilen der reparaturbedürftigen Druckmaschinen durch den Sanktionsausschuss untersagt wurden. Ein gleiches Schicksal erfuhren Laborgeräte und andere ganz normalen Gebrauchsgegenstände für Schulen. Nierenzertrümmerer und Röntgengeräte für Krankenhäuser wurden aus den Bestelllisten gestrichen, weil sie auch militärisch verwendbar gewesen seien. Diese eindeutig gegen das irakische Volk gerichteten Sanktionen stand - und dies füge ich den Ausführungen des Hans von Sponeck hinzu - die freie Hand von Saddam Hussein gegenüber, illegal über die türkischen und jordanischen Grenzen Öl in beliebigen Mengen zu exportieren und die Einnahmen unkontrolliert zur Sicherung des eigenen Herrschaftssystems zu kanalisieren. USA und England (aber auch die übrigen Mitglieder des Sicherheitsrates) haben so gut wie nichts unternommen, Saddam Hussein die illegalen Geschäfte zu unterbinden, obwohl dies - Türkei und Jordanien sind beide regionale Verbündete der USA - ein

leichtes Unterfangen gewesen wäre. Das Ergebnis dieses zynischen Spiel mit den Vereinten Nationen - Hans von Sponeck spricht von "Double Speak" - war in mehrfacher Hinsicht verheerend: im Irak machte die irakische Bevölkerung die UN für ihr Leid verantwortlich, während Saddam Husein sein Regime als einzigen Garanten für die Versorgung der Bevölkerung legitimieren und dadurch auch stabilisieren konnte. In der Weltöffentlichkeit wurde dagegen behauptet, Saddam Hussein behindere das UN-Programm "Öl für Nahrungsmittel", und beschaffe sich dafür neue Waffen und Paläste.

Dies erfolgte, wie Hans von Sponeck belegt, beispielsweise durch eine 1999 veröffentlichte Studie des US-Aussenministeriums "irakische Behinderungen des Programms 'Öl für Waffen'", deren Thesen über einflussreiche US-Medien weltweit verbreitet wurden. Anders lautende Berichte, u. a. von Caritas, von Care und anderen NGOs, darüber dass die UN-Sanktionen der wesentliche Grund für das Leiden der irakischen Bevölkerung sind, wurden ignoriert. Ähnliches geschah auch mit den umfassenden Berichten des UN-Beauftragten Hans von Sponeck an den UN-Generalsekretär und den UN-Sicherheitsrat. Kofi Annan selbst war zwar genauestens über die humanitären Auswirkungen der UN-Sanktionen im Irak informiert, fühlte sich jedoch ausserstande, über abstrakte Mahnungen hinauszugehen.

Jahrelang hat die ganze Welt (mit Ausnahme von ganz wenigen NGOs und UN-Experten), haben westliche Regierungen, Parteien, Massenmedien, auch die kritische Öffentlichkeit, und auch wir selbst, an das Märchen geglaubt, es sei Saddam Hussein, der die Gelder aus dem Programm "Öl für Nahrungsmittel" für militärische Aufrüstung und seine Paläste abgezweigt und bewusst den Tod von hunderttausenden irakischen Kindern in Kauf genommen habe, während in Wirklichkeit das irakische Regime dank einer strengen Kontrolle der UN zur Zweckentfremdung der Gelder gar nicht in der Lage war. Wie und warum aber konnte dieses System der ungeheuren Manipulation der Weltöffentlichkeit funktionieren, warum konnte gegen diesen Betrug keine Gegenöffentlichkeit hergestellt werden?

Folgt man den Ausführungen von Hans von Sponeck, so haben die USA und England ihre Sanktionsstrategie gegen den Irak, durch den UN-Sicherheitsrat in der UN-Resolution 678 vom 29. November 2001 durchgesetzt und anschließend im UN-Sanktionsausschuss dafür gesorgt, dass die Sanktionsmaßnahmen über ein Jahrzehnt den Tod von 1 1/2 Millionen Menschen verursachte. Die zynische Äußerung der ehemaligen US-Außenministerin Madeleine Albright 1996 in einem Fernsehinterview darüber, dass der Tod von über einer halben Million Menschen (die ermittelte Zahl bis 1996) ein "angemessener Preis" für die Aufrechterhaltung der Wirtschaftssanktionen sei, war kein Ausrutscher. USA und England haben über die direkte Kontrolle des eigens dafür geschaffenen Sanktionsbüros in New York sichergestellt, dass alle Berichte über die Folgen der Sanktionen für die Bevölkerung im UN-System nicht zur Kenntnis genommen wurden. Gleichzeitig lieferte das US-Außenministerium manipulierte Informationen über die vermeintliche Rolle des irakischen Regimes an die Medien. Die Meinungsbildner in den Medien verbreiteten systematisch und wiederholt die Propaganda der US-Regierung als Tatsache über die gesamte Welt. Als besonders wirksam in diesem Fall bezeichnet Hans von Sponeck die Berichte der *New York Times*, *Washington Post* und des *Wall Street Journal* (die *New York Times* unterschlug nachweislich dabei die Informationen des Hans von Sponeck), die von allen westlichen, auch europäischen, Regierungen und Massenmedien kritiklos übernommen wurden.

Nahezu alle europäischen Regierungen übernahmen die US-Position, offensichtlich weil sie (a) sich ohnehin vasallenhaft an der US-Irak-Politik orientierten und (b) selbst nicht über eigene Recherche-Kapazitäten verfügten. Europäische Medien übernahmen und kopierten die Berichte der US-Medien, weil sie sich in außenpolitischen Fragen in der Regel die Regierungsposition zu eigen machen und weil sie weder ein eigene Rechercheinfrastruktur vor Ort hatten noch bereit waren, die Berichte der vor Ort arbeitenden NGOs einzubeziehen. Folglich bestimmte die Desinformationspolitik und Propaganda der US-Regierung die Position der europäischen Parteien zum UN-Sanktionssystem gegen den Irak. Hans von Sponeck belegt dies an Hand der Debatten im Europa-Parlament am 25. Januar 2002. Aus den abgegebenen Erklärungen zieht Hans von Sponeck die Schlußfolgerung, dass "keine deutsche Partei... das Irak-Problem auch nur faktisch korrekt begriffen hat". So behauptete die SPD "Saddam Hussein verweigere dem irakischen Volk Lebensmittel und Medikamente". Die Grünen appellierten an die Regierung in Bagdad "Lasst internationale Waffeninspektoren in euer Land, und die Sanktionen werden beendet". Die FDP erklärte, "statt Medikamente und Nahrungsmittel für sein darbenendes Volk zu besorgen", lasse Saddam Hussein "lieber elf Milliarden Öl-Dollar ungenutzt auf Depotkonten liegen". Diese Erklärungen enthalten - den umfangreichen Expertisen renommierter internationaler Organisationen und unabhängigen Beobachter zum Trotz - "fahrlässig vereinfachte Darstellungen, zumeist in simpler Wiederholung entsprechender Behauptungen aus Washington und London". Nur die PDS gab im Europaparlament, nach von Sponeck, eine differenzierte Stellungnahme ab.

Fazit: Über 12 Jahre wurde durch die US-Regierung eine humanitäre Katastrophe verordnet und durch die UN legitimiert, weil es an einer regierungsunabhängigen Instanz, wie beispielsweise ein UN-Rat für Frieden und Krisenprävention (UNCOPAC) als Adressat für die vor Ort arbeitenden NGOs, als einer auch für die Medien akzeptanzfähigen Alternative zu regierungsamtlichen Quellen gefehlt hat. Es mangelte also an einer regierungsunabhängigen Instanz, die verhindert hätte, dass kritische Berichte eines vom UN-Sicherheitsrat selbst berufenen Beauftragten wie Hans von Sponeck letztlich in den UN-Archive landeten.

Politische Parteien und Staaten nahmen die Informationen und Expertisen renommierter NGOs, derer es reichlich gegeben hat, nicht Ernst, weil sie keine völkerrechtlich gesicherte Machtposition inne hatten und weil derartige Expertisen auch ohne Konsequenz übergangen werden können. Selbst ein UN-Beamter, wie Hans von Sponeck, der seinen Auftrag ungeachtet des massiven Drucks in bewunderswerter Weise unparteiisch umgesetzt hat - und das gehört durchaus nicht zum Normalfall und stellt eher eine glückliche Ausnahme im UN-System dar - konnte offensichtlich nichts weiter anrichten als drei Jahre nach seinem Rücktritt und nachdem der Irak-Krieg längst beschlossene Sache war, sich an die Weltöffentlichkeit zu wenden, um seine Frustration los zu werden. Auch ein relativ autonomer Generalsekretär wie Kofi Annan verzichtete darauf, sich auf der Basis der Berichte eines vom UN-Sicherheitsrat nach Belieben absetzbaren Beamten auf einen Konflikt mit den Vetomächten USA und England einzulassen. Welche Machtposition hätte aber derselbe Kofi Annan gehabt, hätte er ein von Regierungen und auch von ihm selbst unabhängiges Gremium zur Seite gehabt, das weder der Sicherheitsrat noch der Generalsekretär selbst so ohne weiteres hätten übergehen können. Mit den selben Überlegungen ließe sich belegen, dass Regierungen in der "Koalition der Willigen für den Irak-

Krieg" es schwerer gehabt hätten, vielleicht sogar daran gehindert worden wären, die Regierungsmacht gegen den Willen der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung zu missbrauchen, wären zivilgesellschaftlich getragene nationale Räte bzw. Parlamente für Frieden und Krisenprävention mit Interventionsbefugnissen längst in den politischen Systemen etabliert.

ⁱ Hans von Sponeck und Andreas Zumach, 2003: Irak-Chronik eines gewollten Krieges. Wie die Weltöffentlichkeit manipuliert und das Völkerrecht gebrochen wird. Erschienen in: Kiepenheuer & Witsch.